



Antrag 4: Mehr staatlicher Arbeitsschutz

Der 25. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall möge beschließen:

In den letzten 25 Jahren hat sich die Anzahl der Landesgewerbeärzte mehr als halbiert. Waren es 1996 noch 160, so sind es heute noch 50. Tendenz weiter fallend. Dabei sind Landesgewerbeärzte eine wichtige Kontrollinstanz in Anerkennungsverfahren für Berufskrankheiten. Bei jährlich ca. 232.206 angezeigten Berufskrankheiten wird deutlich, dass diese Kontrolle längst nicht mehr stattfindet.

Auch die übrigen Stellen in den Landesgewerbeämtern wurden drastisch abgebaut. In der Folge geht die Anzahl der Betriebsrevisionen drastisch zurück. Sonntagsarbeit ohne Genehmigung, völlig unhaltbare Zustände auf Baustellen und eine Zunahme schwerer Unfälle sind die Folge.

Die Berufsgenossenschaften allein können diese Lücke nicht schließen.

Dies alles vor dem Hintergrund einer sich schnell wandelnden Arbeitswelt mit neuen Gefährdungen z. B. durch autonome Fahrzeuge, kollaborierenden Robotern und einer deutlichen Zunahme der mobilen Arbeit.

Wichtig ist eine ausreichende Ausstattung der Behörden mit qualifiziertem Personal sowie ständige Weiterentwicklung des Vorschriften- und Regelwerkes.

Die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie ist der richtige Weg, mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz zu verwirklichen.

Die staatlichen Aufsichtsbehörden müssen so aufgestellt sein, dass sie die Betriebe regelmäßig und anlassbezogen beraten und kontrollieren können. Eine 5 % Mindestbesichtigungsquote, wie sie das Arbeitsschutzkontrollgesetz aktuell vorsieht, reicht dafür bei weitem nicht aus. Ziel muss deshalb eine kontinuierliche und verbindliche Steigerung dieser Quote sein.

Die IG Metall muss sich auf allen politischen Ebenen für eine Stärkung des staatlichen Arbeitsschutzes einsetzen.